Ökonomin Mazzucato: "Das Geld wird in den Banken gehortet"

INTERVIEW

SIMON MOSER

17. Dezember 2016, 08:00

Die Sparpolitik gefährdet den Wohlstand in Europa, sagt Mariana Mazzucato. Christian Kerns Ideengeberin fordert einen starken Staat



foto: heribert corn

Mariana Mazzucato: "Bevor man das Silicon Valley kopiert, sollte man es verstehen."

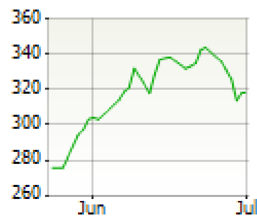
So etwas wie das IPhone hätte es ohne den Staat nie gegeben, denn alle darin verbauten Technologien sind öffentlich finanzierter Forschung entsprungen. Mit dieser Erkenntnis und ihrem Buch "Das Kapital des Staates" hat sich die in Großbritannien tätige Ökonomin Mariana Mazzucato in der Debatte um Innovation und Wirtschaftswachstum schnell einen Namen gemacht. Alle großen technologischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, so ihre These, gehen auf staatliche Investitionen zurück. Das Geld von vielfach als Innovationstreiber gepriesenen privaten Investoren hingegen würde erst fließen, nachdem die Grundlagen für marktfähige Produkte geschaffen wurden.

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) hat Mazzucatos IPhone-Beispiel mehrfach bemüht, um damit sein wirtschaftspolitisches Programm zu unterfüttern. Im STANDARD-Interview erklärt die Ökonomin, warum sie für einen starken Staat eintritt, der Innovationen fördert – und dafür auch höhere Defizite in Kauf nimmt.

STANDARD: Bei Innovationen gelten die USA als Vorbild für Europa. Donald Trump hat angekündigt, Steuern zu senken und die Rolle des Staates einzuschränken. Droht der Kahlschlag bei der Forschungsförderung?

Mazzucato: Viele Probleme sind darauf zurückzuführen, dass Leute wie er die Wirtschaft dominieren. Ich meine seine eigene Steuerflucht und was das für öffentliche Finanzen bedeutet, nicht nur für Innovationsbudgets, sondern für Grundsätzliches wie Gesundheitsversorgung und Bildung. Aber selbst wenn Leute wie er Steuern zahlen und Unternehmenssteuern nicht konstant sinken würden, gäbe es noch immer ein Problem: Die Allgemeinheit trägt die Kosten von Investitionen, ohne die Erträge zu bekommen. Das muss sich ändern. Wir müssen erkennen, dass Wohlstand nicht nur von Unternehmern und Investoren geschaffen wird, sondern auch stark vom kollektiven Handeln abhängig ist. Der Staat nimmt eine zentrale Rolle bei Investitionen in kapitalintensive Technologien ein, deren Erfolgschancen einem großen Risiko unterliegen. Man soll aber nicht nur diese Risiken vergesellschaften, sondern auch deren Vergütung, und es gibt viele kreative Wege, das zu tun.





STANDARD: Sie beschäftigen sich auch mit der Frage, warum es keine europäischen Googles und Apples gibt. Sind solche Konzerne mit großer Marktmacht wirklich Vorbilder, oder sollten wir stattdessen kleinere Unternehmen und deren Innovationsfähigkeit fördern?

Mazzucato: Dass jeder ein regionales Silicon Valley nachbauen will, kommt nicht von mir, sondern von den Regierungen. Der Grund, warum ich mich so auf die USA konzentriere, ist, weil es so viele Mythen gibt, das US-Wunder im IT-Sektor sei allein auf individuelles Engagement, Risikokapital oder die besondere Luft in Kalifornien zurückzuführen. In Wahrheit wurde es vom öffentlichen Sektor befeuert. Aber bevor man das Modell Silicon Valley kopiert, sollte man es verstehen. Jedes Land ist anders. Die Frage ist, wie man diejenigen kleinen Unternehmen, die Wachstumspotenzial haben, tatsächlich zum Wachsen bringt. Dazu braucht es nicht nur öffentlich finanzierte Forschung und gute Universitäten, sondern staatliche Aktivität entlang der gesamten Innovationskette. Dazu gehören Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Frühphasenfinanzierung von Unternehmen, aber beispielsweise auch eine transparente Ausschreibung von öffentlichen Aufträgen und eine aktive Nachfragepolitik. Nehmen Sie Norwegen: 30 Prozent aller Tesla-Autos werden dort verkauft, weil der Staat die Nachfrage fördert. Länder wie Italien haben hingegen 20 Jahre mit sehr geringen Investitionen hinter sich. Da ist es kein Wunder, dass die Produktivität nicht steigt. Staaten sollten viel mehr direkt investieren, denn es gibt zu wenig langfristige Finanzierungen. Der Zeithorizont für Gewinne beträgt bei privatem Risikokapital drei bis vier Jahre, technische Innovationen benötigen viel länger.

STANDARD: Kritiker sehen bei staatlichen Investitionsentscheidungen das Risiko fehlender Effizienz. Wie kann sichergestellt werden, dass Steuergeld in die richtigen Projekte fließt?

Mazzucato: Mein Punkt ist nicht, dass der Staat ein großer Bruder ist, der alles entscheidet. Was wir brauchen, ist eine Politik, die sich auf die Lösung großer Probleme konzentriert. Denken Sie an die US-Mondmission. Viele verschiedene Sektoren mussten zusammenarbeiten, um das zu ermöglichen. Das ist ein anderer Zugang als Politik für nur einen Sektor. Der Staat hat das größere Ziel vorgegeben. Das Gleiche gilt für die IT-Revolution. Sie wurde für die Lösung großer militärischer Probleme der damaligen Zeit verwendet.

STANDARD: Überhaupt kommen viele US-Innovationen aus dem militärischen Sektor.

Mazzucato: Technologische Erfolge in den USA haben natürlich auch mit dem starken Militär zu tun. Aber das ist keine Voraussetzung. Egal ob in den USA oder in Europa,

lautet die Frage: Was sind unsere modernen Missionen? Die findet man in den Bereichen Gesundheit, Energie oder Umwelt. Die Forschungsagentur des US-Energieministeriums hat beispielsweise großen Erfolg mit Speichertechnologien für Batterien, die weder Bill Gates noch Mark Zuckerberg noch Elon Musk ermöglichen konnten. Oder nehmen Sie Dänemark: Durch eine bewusste Politik wurde es als kleines Land zum wichtigsten Anbieter von Hightech-Dienstleistungen für Chinas grüne Technologie. Und China gibt gerade Billionen dafür aus. Der Markt allein hätte grüne Technologien nie als Richtung gewählt – auch nicht IT, Bio- oder Nanotechnologie. Was es dafür gebraucht hat, war eine aktive Regierungspolitik, die neue Voraussetzungen hat entstehen lassen. Erst dann ist der private Sektor dazugekommen, weil er die Chance für sich entdeckt hat. Die Regierungen in Europa sind viel zu risikoavers und investieren nicht in kapitalintensive Bereiche. Sie waren und sind noch immer auf eine Sparpolitik fixiert.

STANDARD: Sind für kleine Länder wie Österreich solche nationalen Missionen überhaupt noch sinnvoll, oder funktioniert das nur mehr auf gesamteuropäischer Ebene?

Mazzucato: Das eine kann nicht stattfinden ohne das andere. Jedes Land hat seine Stärken, Arbeitsteilung ist natürlich sinnvoll. Und zusätzlich gibt es in der EU eine gemeinsame Innovationspolitik. Aber sie scheitert gerade, weil die zuständigen Institutionen in den Einzelstaaten geschwächt werden. Spanien hat beispielsweise die öffentlichen Forschungsgelder zurückgeschraubt, um die EU-Maastrichtgrenze von drei Prozent Defizit einzuhalten. Das macht es sehr schwer für diese Länder, die europäischen Herausforderungen für sich zu nutzen. Und all das Gerede, dass der Staat den Weg freimachen muss für die wirklichen Innovatoren aus der Privatwirtschaft, richtet großen Schaden an. Junge, kluge Menschen wollen nicht mehr in staatlichen Institutionen arbeiten. Die Besten gehen zu Goldman Sachs oder zu Google.

STANDARD: Wo soll das Geld für höhere öffentliche Investitionen herkommen? Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen?

Mazzucato: Erstens sollten Investitionen in Forschung und Entwicklung von der Berechnung der europäischen Defizitgrenzen ausgenommen werden. Zweitens könnte das Geld, das von der Europäischen Zentralbank mit ihrer Niedrigzinspolitik geschaffen wird, gezielter in die Wirtschaft gelenkt werden, etwa indem die Programme der EZB und der Europäischen Investitionsbank besser abgestimmt werden. Stattdessen wird erlaubt, dass es in den Banken gehortet wird. (Simon Moser, Portfolio, 2016)

Zur Person

Mariana Mazzucato (47) ist Ökonomin, in Italien geboren und in den USA aufgewachsen. Sie lebt in England und unterrichtet Innovationswirtschaft an der University of Sussex. Daneben ist sie wirtschaftliche Beraterin für die britische Labour Party, wird aber auch von der konservativen Regierung konsultiert. Ihr 2014 erschienenes Buch "Das Kapital des Staates" hat vor allem unter Sozialdemokraten für Furore gesorgt.